



# Florian Toncar MdB

Newsletter 1/2008

## Inhalt

- Deutscher Bundestag aktuell: S. 1  
Florian Toncar – Arbeit in Berlin: S. 3  
Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis: S. 6  
Termine: S. 7

Berliner Büro  
Florian Toncar MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (030) 227-74226  
Fax: (030) 227-76226  
E-Mail: [florian.toncar@bundestag.de](mailto:florian.toncar@bundestag.de)

Internetauftritt: [www.toncar.de](http://www.toncar.de)

Wahlkreisbüro  
Florian Toncar MdB  
Marktgässle 6/1  
71032 Böblingen  
Tel.: (07031) 43 64 626  
Fax: (07031) 43 64 627  
E-Mail: [florian.toncar@wk.bundestag.de](mailto:florian.toncar@wk.bundestag.de)





Sehr geehrte Damen und Herren,

mein erster Newsletter des Jahres 2008 ist fertig. Zuerst wünsche ich Ihnen, Ihrer Familie und Ihren Freunden auf diesem Wege Glück und Gesundheit im neuen Jahr.

Im November hat die Bundesregierung einen neuen Schuldenhaushalt verabschiedet. Im neuen Jahr hat sie dann die Tür für flächendeckende Mindestlöhne geöffnet. Dies sind nur zwei Beispiele, die wieder einmal belegen, dass die schwarz-rote Koalition unvernünftig handelt anstatt eine handwerklich solide, reformorientierte und zukunftsgerichtete Politik zu betreiben. Die FDP hingegen hat sowohl einen finanzierbaren Entwurf für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorgelegt als auch ein Konzept, wie Geringverdiener ihren Arbeitsplatz behalten und über Zuschüsse ihr Auskommen haben. Denn im Gegensatz zu diesem Konzept des „Liberalen Bürgergeldes“ vernichten Mindestlöhne Arbeitsplätze.

Weitere Themen dieses Newsletters sind u.a. die Bekämpfung der Jugendkriminalität, der Streit zwischen Merkel und Steinmeier in der Menschenrechtspolitik, die Klimakonferenz auf Bali und der geplante Ausbau des Flughafens Stuttgart. Ferner informiere ich auf meiner Homepage unter [www.toncar.de/aktuelles](http://www.toncar.de/aktuelles) über aktuelle Themen, meine Arbeit in Berlin und vor Ort im Wahlkreis. Alle im Newsletter erwähnten Dokumente können über mein Büro jederzeit bezogen werden.

Wenn Sie darüber hinaus Fragen oder Anregungen haben, kommen Sie gern direkt auf mich zu. Besuchen Sie z.B. einfach meine Bürgersprechstunde am 03. März 2008 von 18.00 Uhr bis 19.30 Uhr in meinem Wahlkreisbüro in Böblingen.

Ihr

## Deutscher Bundestag aktuell

### Jugendkriminalität: Augenmaß statt Maulheldentum

Der aktuellen in den letzten Wochen vorwiegend populistisch geführten Debatte um Jugendkriminalität setzt die FDP ein Konzept mit Augenmaß und Vernunft entgegen.

Obwohl seit Jahren die Zahl der von Kindern und Jugendlichen begangenen Straftaten sinkt, steigt die Zahl der Gewalttaten. Die Jugendkriminalität ist weiterhin auf einem hohen Niveau. Statt ständig über neue und schärfere Gesetze nachzudenken, muss das geltende Recht vollzogen werden. So muss die Verfahrensdauer an den Jugendgerichten verkürzt werden, damit die Strafe „auf den Fuß“ folgt. Gerade bei Jugendlichen müssen Straftat und Strafe eng beisammen liegen. Baden-Württemberg hat es vorge-macht: mit einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von nur 3 Monaten weisen Jugendstrafverfahren die bundesweit kürzesten Verfahrenszeiten auf. Daneben müssen die Maßnahmen zur Prävention ausgebaut werden. Das „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart ist ein Beispiel dafür, wie ein umfassender Ansatz zur Bekämpfung der Jugendkriminalität gefunden werden kann. Hier arbeiten von der Polizei über die Jugendgerichtshilfe und das Jugendamt bis hin zur Staatsanwaltschaft alle relevanten Stellen zusammen.

Neben stärkeren Anstrengungen zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bedarf es eines Ausbaus der Jugendhilfe sowie der verstärkten Investition in Bildung. Nur mit einer Verbindung von Repression einerseits und einem durchdachten Präventionskonzept andererseits wird man der Jugendkriminalität erfolgreich begegnen können. Aber auch der Betreuung von straffällig gewordenen Jugendlichen ist für deren Wiedereingliederung in die Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Das baden-württembergische Justizministerium hat hier mit dem „Projekt Chance“ einen fortschrittlichen Weg beschritten. Unverzichtbar ist auch eine Stärkung des Opferschutzes, denn die Opfer dürfen mit den Folgen der Tat nicht allein gelassen werden.

### Wer soll das bezahlen? Bundeshaushalt 2008

Am 30.11.2007 verabschiedete der Deutsche Bundestag in namentlicher Abstimmung den Bundeshaushalt 2008, der Gesamtausgaben in Höhe von 283,2 Milliarden Euro vorsieht. Das bedeutet eine Ausgabensteigerung um 12,7 Milliarden Euro im Vergleich zum Bundeshaushalt 2007. Die Neuverschuldung des Bundes wird bei 11,9 Milliarden Euro liegen. Besonders enttäuschend ist, dass die Bundesregierung es nicht geschafft hat, trotz der guten konjunkturellen Entwicklung auf die Aufnahme neuer Schulden zu verzichten. Statt weniger Geld auszugeben und Schulden abzubauen werden Reformen zurückgedreht, das Wachstum gebremst und Geschenke verteilt.



Das „Liberale Sparbuch“ entwirft einen ausgeglichenen Bundeshaushalt 2008.

Die FDP setzt diesen Ausgabensteigerungen ein Konzept für eine solide Haushaltspolitik entgegen, die nachhaltige Einsparungen vorsieht. So hat die FDP ein „Liberales Sparbuch 2008“ vorgelegt, das 400 Anträge für konkrete Einsparmöglichkeiten aufzeigt. Dadurch könnte der Bundeshaushalt um 11,8 Milliarden Euro entlastet werden. Wenn in Rechnung gestellt wird, dass dies nahezu exakt der Summe der diesjährigen Neuverschuldung entspricht, hätte die Bundesregierung bereits in diesem Jahr ein ausgeglichenes Budget vorlegen können. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück will sich jedoch für diesen notwendigen Schritt bis 2011 Zeit lassen. Dies bedeutet weitere unnötige Schulden, die kommende Generationen zusammen mit den entstehenden Zinsen zurückzahlen müssen.

Die Staatsverschuldung beträgt inzwischen rund 1,5 Billionen Euro. Daher setzt sich die FDP für die Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in das Grundgesetz ein. Um die Bürger von der drückenden Zinslast zu befreien, müssen Bund, Länder und Gemeinden sukzessive ihre Schulden zurückzahlen und Klarheit in ihre derzeit komplizierten Finanzbeziehungen bringen. Es muss künftig sofort erkennbar sein, wer welche Steuern erhält und wer für welche Schulden verantwortlich ist. Aus diesem Grunde muss die mit der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden betraute Föderalismuskommission II zügig ein tragfähiges Konzept vorlegen. Für Baden-Württemberg muss es in diesem Rahmen darum gehen, den ungerechten Länderfinanzausgleich so weit wie möglich einzudämmen. Derzeit fließen Mehreinnahmen wirtschaftlich erfolgreicher Bundesländer nahezu vollständig in den Länderfinanzausgleich, wodurch eine solide Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Bundesländer untergraben wird. Die FDP setzt sich dafür ein, dass Länder, die gut wirtschaften, dafür belohnt und nicht bestraft werden.

### Gereiztes Klima: Konferenz auf Bali

Im Dezember 2007 trafen sich bei der Weltklimakonferenz auf Bali 187 Staaten, um bis 2009 einen Nachfolgevertrag für das im Jahr 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu verhandeln.



CO<sub>2</sub>-Emissionen tragen maßgeblich zur globalen Erwärmung bei.

Am Ende der Verhandlungen stand ein Schlussdokument, das von allen teilnehmenden Staaten unterzeichnet wurde. Auch die USA, die das Kyoto-Protokoll nicht unterstützen, haben nach zähem Ringen den Beschluss der Bali-Konferenz, die „Bali Roadmap“ gezeichnet.

Die „Bali Roadmap“ stellt den Fahrplan dar, wie jetzt weiterverhandelt werden soll. Ziel ist es, bis 2009 eine Strategie zur langfristigen Reduzierung der Treibhausgase zu entwickeln, um die Erwärmung der Erde zu bremsen.

Dass ein Verhandlungsmandat für 2009 zustande kam, ist ein Erfolg. Die „Bali Roadmap“ selbst bietet hingegen überwiegend weichgespülte Formulierungen und wenig Substanz. Lediglich in einer Fußnote des Dokuments sind Zielmarken für den Klimaschutz versteckt. Der Klimaschutz bleibt also auf der internationalen Agenda. Wenn die Bundesregierung hier weiter hartnäckig für verbindliche Regeln streitet, wird sie von der FDP unterstützt.

### Tarifverhandlungen im Kanzleramt

Mit der Einbeziehung der Tarifverträge für Briefdienstleistungen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben CDU/CSU und SPD die Tür zu flächendeckenden Mindestlöhnen geöffnet. Dabei geht es nicht, wie ursprünglich mit dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz beabsichtigt, um den Schutz vor ausländischen Billiglöhnern. Es geht darum, den inländischen Konkurrenzunternehmen der Deutschen Post AG nach Wegfall des Briefmonopols am 1. Januar 2008 den Markteintritt zu erschweren. Das ist ungerecht, auch vor dem Hintergrund, dass die Post von der Mehrwertsteuer (MWSt) befreit ist, ihre Wettbewerber aber den vollen MWSt-Satz von 19 Prozent zahlen müssen.

So verwundert es auch nicht, dass es weiterhin keinen Wettbewerb auf dem Briefmarkt gibt. Die Nachteile tragen die Verbraucher.

Es gibt aber auch grundsätzliche Argumente gegen staatliche Mindestlöhne. Preise, auch die für Arbeit, müssen marktwirtschaftlich und nicht staatlich festgelegt werden, Löhne müssen sich an der Produktivität orientieren. Mindestlöhne legen einen Mindestpreis fest. Wenn aber eine Leistung den Preis nicht wert ist, wird sie in der legalen Wirtschaft oder im Inland nicht mehr nachgefragt. Die Folge: Zunahme von Schwarzarbeit, Vernichtung von Arbeits-

plätzen und deren Abwanderung ins Ausland. Im Ergebnis werden Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen und Geringqualifizierte durch die Einführung von Mindestlöhnen überproportional von Arbeitslosigkeit bedroht. So prognostizieren Wissenschaftler den Wegfall von bis zu

600.000 Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich. Ein Mindestlohn würde also vielen der ohnehin schwächsten Personen auf dem Arbeitsmarkt die Chance auf einen Arbeitsplatz nehmen.

Deutschland braucht einen funktionsfähigen Niedriglohnsektor. Die Aufnahme einer auch nur gering entlohnten Beschäftigung muss gegenüber der alleinigen Inanspruchnahme staat-

licher Transferleistungen attraktiv sein. Hierzu soll auch das von der FDP entwickelte Bürgergeldkonzept beitragen. Das Bürgergeld sorgt dafür, dass alle Menschen ein gesichertes Existenzminimum haben und dass der, der arbeitet, spürbar mehr im Geldbeutel hat als derjenige, der nicht arbeiten geht.

## Florian Toncar – Arbeit in Berlin

### Streit um Menschenrechtspolitik

Auch in der Menschenrechtspolitik streitet die schwarz-rote Koalition auf das heftigste. Auf dem SPD-Parteitag im Oktober warf Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) Bundeskanzlerin Merkel (CDU) vor, sie betreibe in Menschenrechtsfragen „Schaufensterpolitik“. Stein des Anstoßes war der Empfang des geistigen Oberhauptes der Tibeter, des Dalai Lama, im Kanzleramt. Diese Geste vergrätzte nicht nur die chinesische Staatsführung. Auch Steinmeier, der eher auf stille Diplomatie setzt, empfand dieses Vorgehen Merkels als zu öffentlichkeitswirksam.



© Christian Thiel

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier.

Merkel spricht Menschenrechtsfragen viel offener an als ihr Amtsvorgänger Gerhard Schröder oder Ex-Außenminister Joschka Fischer. Sie scheut auch in diplomatisch heiklen Situationen vor kritischen Fragen nicht zurück. Das jüngste Beispiel ist der EU-Afrika-Gipfel Anfang Dezember 2007. Dort prangerte Merkel die Menschenrechtsverletzungen durch das grausame Unrechtsregime Robert Mugabes in Simbabwe an.

Das kontrastiert stark mit Schröder und Fischer, die sich zum Beispiel über ein Bundestagsvotum hinwegsetzten und in der EU die Aufhebung des Waffenembargos gegen China betrieben. Unvergessen auch, wie Schröder Russlands Präsidenten Wladimir Putin zum "lupenreinen Demokraten" adelte und er zu manipulierten Wahlen in Tschetschenien bemerkte, er könne "eine empfindliche Störung nicht erkennen". Architekt im Hintergrund war der damalige Kanzleramtsminister Steinmeier.

Merkel hat diese Irrungen beendet. Dennoch muss sie sich von Steinmeier vorhalten lassen, dass öffentliche Kritik an anderen Ländern allein nicht ausreicht. Er hätte besser geschwiegen. Wer wäre denn berufen, mehr Substanz zu liefern, wenn nicht er selbst? Und er tut es nicht.

Steinmeier war es etwa, der durchgesetzt hat, dass 2007 EU-Sanktionen gegen den Folterstaat Usbekistan gelockert wurden. Steinmeier ist auch dafür verantwortlich, dass das Arbeitsprogramm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 keine Aussage zur Menschenrechtspolitik enthielt. Das Kapitel war schlicht vergessen worden. Die hektisch nachgelieferten Ideen verliefen mangels gründlicher Vorbereitung im Sand.

Schließlich offenbarten die russischen Duma-wahlen und das sich daran anschließende Schmierstück um Putins politische Zukunft, dass die Russlandpolitik von Schröder und Steinmeier in Trümmern liegt. Das Vertrauen in Putin war nicht gerechtfertigt. Die demokratische Opposition in Russland wurde ausgeschaltet. Die Massenmedien sind unter dem Einfluss des Kreml. Das Vorgehen in Tschetschenien ist unverändert brutal.

Wenn Steinmeier auf stille Diplomatie setzt, ist das legitim. Aber auch stille Diplomatie muss sich am Ergebnis messen lassen. Hier liegt viel Arbeit vor dem Bundesaußenminister. Er muss sie 2008 anpacken. Denn bei ihm ist das Schaufenster leer. Und der Laden auch.

### Brüssel-Reise

Im Rahmen meines dreitägigen Brüsselaufenthalts bin ich im Januar 2008 zu Gesprächen mit Vertretern der EU-Kommission, der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU sowie Vertretern deutscher Spitzenverbände wie des DIHK und des Verbandes der Automobilindustrie zusammengetroffen.



Gebäude der Europäischen Kommission in Brüssel.

Im Zentrum der Gespräche standen Pläne der Kommission, Bürokratieauflagen in kleinen und mittelständischen Betrieben spürbar abzubauen und den Zugang zum europäischen Arbeitsmarkt durch eine so genannte Blue Card mit europaweit einheitlichen Regelungen für hochqualifizierte Arbeitskräfte zu erleichtern und attraktiver zu machen.

Insbesondere in leistungsstarken Regionen wie unserer besteht derzeit eine hohe Nachfrage an Forschern, Entwicklern und Ingenieuren, die der heimische Arbeitsmarkt gegenwärtig nicht alleine deckt. Es wird zum Problem für unsere Wirtschaft, wenn Hochqualifizierte einen Bogen um Deutschland machen und Innovationen anderswo entstehen.

Im Gespräch mit der Kabinettschefin des deutschen EU-Kommissars Günther Verheugen, Petra Erler, habe ich deutlich gemacht, dass ich Herrn Verheugens Ziel, 25% der Bürokratiekosten bis 2012 abzubauen, für richtig halte. Voraussetzung für eine echte Entlastung der kleinen und mittelständischen Betriebe ist aber,

dass die Mitgliedstaaten dort, wo die EU Regelungen abbaut, keine neuen Regeln einführen. Hier sind insbesondere liberale Kräfte in der Pflicht, gegenzusteuern.

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt der Gespräche war der vorliegende Kommissionsvorschlag zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bei Fahrzeugen in Verbindung mit Strafen für Autohersteller. Das Ziel, CO<sub>2</sub> einzusparen, halte ich für richtig und unumgänglich. Allerdings müssen die eingesetzten Mittel verhältnismäßig und fair sein. Es gibt vor allem von deutschen Herstellern zahlreiche technische Innovationen, die CO<sub>2</sub> einsparen, wie beispielsweise Fahrsensoren, den 6. Gang oder Navigationssysteme. Diese finden leider in den Berechnungen der Kommission derzeit keine Berücksichtigung. Ein Autohersteller muss zudem für übermäßige CO<sub>2</sub>-Emissionen das ca. 10-15fache dessen bezahlen, was für andere Industriezweige im Rahmen des Emissionshandels fällig wäre. Insbesondere deutsche Hersteller werden spürbar davon betroffen sein, während französische und italienische Hersteller, die überwiegend Kleinwagen produzieren, davonkommen. Scheinbar will die EU, dass nur große und nicht auch kleine und mittlere Autos sparsamer werden. Die Bundesregierung muss daher ihr ganzes

Gewicht in Brüssel in die Waagschale legen, um zu verhindern, dass unter dem Deckmantel des Klimaschutzes nationale Interessenpolitik gemacht wird.

### Unterrichtung im Menschenrechts-Ausschuss über politische Lage in Pakistan

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe beriet am 17.12.2007 auf Antrag der FDP über die politische Lage in Pakistan. Dabei unterrichtete ein Vertreter der Bundesregierung die Abgeordneten über die Verhängung des Ausnahmezustandes in Pakistan, die Verhaftung von Oppositionspolitikern und die Absetzung von Richtern des Obersten Gerichtshofes. Die Ermordung der Spitzenkandidatin der Pakistanischen Volkspartei, Benazir Bhutto, am 27.12.2007 war für alle Demokraten erschreckend und ein schwerer Rückschlag für den Übergang Pakistans von der Herrschaft des Militärs zu einer an westlichen Grundsätzen orientierten Demokratie. Die Unruhen in der Folge des Attentats veranlassten Präsident

Musharraf zu einer Verschiebung des Wahltermins auf den 18.02.2008.

Aus liberaler Sicht ist es unerlässlich, dass die anberaumten Parlamentswahlen nach demokratischen Standards ablaufen. Das derzeitige Klima der Angst und die Behinderung von Oppositionspolitikern in ihrem Wahlkampf durch die Staatsmacht laufen einer freien und fairen Wahl zuwider. Sowohl die Europäische Union als auch regionale Organisationen werden Beobachter zur Wahl entsenden. Sollten diese gravierenden Verstöße gegen die anerkannten demokratischen Standards melden, darf dies nicht ignoriert werden. In der Vergangenheit hatte es die Militärregierung um General Pervez Musharraf geschafft, die westlichen Verbündeten und allen voran die USA so zu beeinflussen, dass diese aus Furcht vor einer Machtübernahme durch islamistische Extremisten die Regierung Musharraf trotz ihres autoritären Regierungsstils unterstützten. Derweil zeigt sich jedoch, dass die existierenden politischen Parteien in Pakistan durchaus in der Lage sind, auch nach einem Abtritt Musharraf Pakistan vor einer Machtübernahme durch fundamentalistische Extremisten zu bewahren.

Pakistan wird langfristig nur zur Stabilität zurückkehren, wenn die Demokratie zum Durchbruch gelangt. Allein sie verleiht einer Regierung die breite Legitimation, die sie braucht, um in den Gebieten Pakistans Anerkennung zu finden, die sich zu Schlüsselregionen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus entwickelt haben. Die Situation im benachbarten Afghanistan wird entscheidend von den nächsten Schritten in Pakistan abhängen.

#### **FDP legt Antrag zum Völkerstrafgesetzbuch vor**

Unter dem Eindruck der Arbeit der Tribunale zur strafrechtlichen Aufarbeitung der Verbrechen aus den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien sowie des Genozids in Ruanda in den 90er Jahren erwuchs in der internationalen Gemeinschaft der politische Wille zur Gründung eines Gerichtshof zur Ahndung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Nach langen Verhandlungen trat am 30. Juni 2002 das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs in Kraft. Inzwischen hat das Gericht im niederländischen Den Haag nach einer mehrjährigen Aufbauphase seine Arbeit aufgenommen.

Zeitgleich zum Römischen Statut trat in Deutschland das Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) in Kraft, das es ermöglicht, auch hierzulande Völkerstraftäter vor Gericht zu stellen. Nach über fünf Jahre muss konstatiert werden, dass an der Substanz des Gesetzes nichts zu beanstanden ist. Jedoch gibt es in der Durch-

setzung des VStGB weiterhin Defizite. Um diese Mängel zu beseitigen, hat die FDP-Bundestagsfraktion am 16.01.2008 einen Antrag (Bundestags-Drucksache 16/7734) in den Deutschen Bundestag eingebracht. Dieser sieht insbesondere vor, den Informationsfluss zwischen allen staatlichen Stellen und dem Generalbundesanwalt zu verbessern. Wenn Behörden Informationen über das mögliche Vorliegen von Straftaten nach dem Völkerstrafgesetzbuch erhalten, sollen sie diese künftig umgehend an die Karlsruher Ankläger weiterleiten. Besonders das Auswärtige Amt und seine Auslandsvertretungen sind hier in der Pflicht, wenn sie Kenntnis über die mögliche Einreise von Personen erhalten, die im Zusammenhang mit Völkerstrafataten im Verdacht stehen.

Leider ist die reibungslose Zusammenarbeit zwischen den Behörden in diesem Bereich keine Selbstverständlichkeit. Dies wurde am Fall des ehemaligen usbekischen Innenministers Zakirjon Almatow deutlich, gegen den ein Einreiseverbot der EU bestand, weil er im Verdacht steht, an dem im Mai 2005 in der usbekischen Stadt Andijan an über 700 Demonstranten verübten Massaker beteiligt gewesen zu sein. Da Almatow sehr krank war, genehmigte das Auswärtige Amt ausnahmsweise seine Einreise, damit er sich in einer Spezialklinik in Hannover behandeln lassen konnte. Gegen dieses humanitäre Vorgehen ist nichts einzuwenden. Jedoch hätte das Auswärtige Amt den Generalbundesanwalt über den bevorstehenden Aufenthalt von Almatow frühzeitig informieren müssen. Als die Karlsruher Ermittler davon erfuhren, war Almatow bereits wieder außer Landes. Da mit einer Rückkehr Almatows nach Deutschland nicht mehr zu rechnen ist, ist es zu spät für erfolgversprechende Ermittlungen. Damit sich eine solche Panne nicht wiederholt, sollten die in dem Antrag der FDP-Bundestagsfraktion vorgeschlagenen Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

#### **Personaländerung im Berliner Büro**

Anfang März wird mein Mitarbeiter Christian Thiel aus dem Büro in Berlin ausscheiden. Nach seiner Tätigkeit als Student bei mir, die er mit meinem Eintritt in den Bundestag aufnahm, war er nach seinem Studium seit Oktober 2006 bei Birgit Homburger und mir als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig. Zum 01.03.2008 wird er vollständig in das Büro von Birgit Homburger wechseln und dort im Bereich Sicherheitspolitik arbeiten. Ich bedanke mich bei Herrn Thiel für die ausgezeichnete Arbeit und wünsche ihm auch für seine neue Aufgabe Freude an der Arbeit und viel Erfolg.

## Florian Toncar – Arbeit im Wahlkreis

---

### Einweihung des Wahlkreisbüros

Mit rund 70 Gästen wurde am 30. November 2007 im Rahmen einer kleinen Feier mein neues Wahlkreisbüro eingeweiht. Die Räumlichkeiten beherbergen gleichzeitig die FDP-Kreisgeschäftsstelle.



*Hartfrid Wolff, Andreas Knapp, Florian Toncar, Harald Leibrecht (v.l.n.r.)*

Zur Einweihung gratulierten u.a. der neue FDP-Bezirksvorsitzende Hartfrid Wolff, der Vorsitzende der FDP-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Harald Leibrecht und unsere liberale Landtagsabgeordnete Heiderose Berroth aus Renningen. Böblingens Erster Bürgermeister Andreas Brand hieß in seinem Grußwort die „neue Nachbarschaft“ willkommen – das Wahlkreisbüro liegt in unmittelbarer Nähe zum Rathaus. Andreas Knapp, stellvertretender FDP-Kreisvorsitzender, wünschte sich in seiner Begrüßung der anwesenden Gäste, dass zahlreiche Bürgerinnen und Bürger die zentral gelegenen Räume zur Kontaktaufnahme mit den Liberalen nutzen.

Sie finden das Wahlkreisbüro von Florian Toncar in Böblingen im Marktgässle 6/1. Telefonisch ist das Büro unter (07031) 43 64 626 erreichbar, das Telefax hat die Nummer (07031) 43 64 627.

### Ausbau der Tagesbetreuung für unter Dreijährige

In den letzten Wochen und Monaten wurde die Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung auf insgesamt 750.000 Plätze für unter Dreijährige im Bundestag kontrovers diskutiert.

Die Bundesregierung hat mit den Ländern einen Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für 35 Prozent der unter Dreijährigen bis zum Jahr 2013 abgestimmt. Der Kostenrahmen dafür wird auf insgesamt 12 Milliarden Euro für Investitionen und Betrieb für den Zeitraum von 2008 bis 2013 geschätzt.

In Abstimmung mit den Ländern wurde vereinbart, dass sich der Bund in den Jahren 2008 bis 2013 mit insgesamt 4 Mrd. Euro, d.h. zu einem Drittel, an den Gesamtkosten beteiligt.

Nach 2013 beteiligt sich der Bund dauerhaft mit 770 Mio. Euro pro Jahr und damit ebenfalls zu einem Drittel an den Betriebskosten der zusätzlichen Plätze. Die Länder haben sich ebenfalls dazu verpflichtet, die finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die vereinbarten Ziele erreicht werden.

Die Koalition will die Bundesmittel für den Ausbau an die Länder geben, die wiederum Zuschüsse an die Kommunen zahlen werden. Die FDP hingegen hätte das Geld den Kommunen lieber direkt über ein höheres Steueraufkommen zur Verfügung gestellt.

Noch in diesem Jahr soll zudem ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz beschlossen werden. Ich halte dies für gangbar, wenn der Bund sich bereiterklärt, den wegen des Rechtsanspruches möglicherweise nötigen Ausbau der Betreuungsplätze auch für über 35 Prozent der Kleinkinder zu unterstützen. Die derzeitigen Vorstellungen der Bundesregierung in dieser Frage führen nur zu einem weiteren teuren Bundesgesetz, das die Kommunen bezahlen müssen.

### Besichtigung des Flughafens Stuttgart

Jüngst habe ich mich bei einer Besichtigung des Stuttgarter Flughafens gemeinsam mit meinen Mitarbeitern über den kontrovers diskutierten Flughafenausbau informiert. Im Vordergrund des Gespräches mit dem Pressesprecher des Flughafens, Volkmar Krämer, und Ralf Laßau, Architekt und Chefplaner vom Flughafen Stuttgart, standen die Ausbauwünsche der Flughafen Stuttgart GmbH, die damit verbundenen Kosten sowie die Auswirkungen auf die Einwohner der umliegenden Gemeinden.

Dabei verwiesen sie auf interne Prognosen, wonach im Jahr 2020 mindestens 17,3 Millionen Passagiere den Flughafen Stuttgart nutzen wollten. Mit der jetzigen Start- und Landebahn könnten nur 14,1 Millionen abgefertigt werden.

Nach Angaben von Stuttgarts Flughafenchef Georg Fundel seien mit einer neuen Piste pro Tag 42 Prozent mehr Starts und Landungen möglich. Die Ausbaurkosten betrügen laut Flughafen ca. 600 Millionen Euro. Darüber hinaus wären zusätzliche Investitionen in die umliegende Verkehrsinfrastruktur nötig.



*Rush-Hour in den Morgenstunden auf dem Flughafen Stuttgart.*

Für einen Flughafenausbau sehe ich keine Notwendigkeit. Es ist fraglich, ob der Bedarf in Stuttgart angesichts der bestehenden Konkurrenz mit anderen Flughäfen und dem Hochgeschwindigkeits-Bahnverkehr in dem Maße wie prophezeit überhaupt vorhanden ist. Zudem ist die Zumutbarkeit der Lärmbelastung in Teilen der Region, wie z.B. im Schönbuch, bereits erreicht. Darüber hinaus stehen die aus Steuergeldern aufzubringenden Ausbaurkosten von nahezu 1 Milliarde Euro in keinem Verhältnis zu den zu erwartenden höheren Fluggastzahlen von rund 3 Millionen Passagieren pro Jahr. Mit der bestehenden Kapazität des Flughafens können alle für den Wirtschaftsraum Stuttgart wichtigen Verbindungen bedient werden. Daneben besteht die Möglichkeit, zusätzliche Flüge am gerade erst aus Steuermitteln ausgebauten Landesflughafen Karlsruhe/Baden-Baden abzuwickeln.

Ein Luftverkehrskonzept für Baden-Württemberg wie auf dem FDP-Landesparteitag am 05.01.2008 beschlossen, soll daher dafür sorgen, dass die Nachfrage an Flugverbindungen im Land sinnvoll auf die bereits bestehende Infrastruktur verteilt wird. Ein solches Landesluftverkehrskonzept würde sehr deutlich zeigen,

dass eine zweite Start- und Landebahn am Stuttgarter Flughafen nicht nötig ist.

### **Besuchergruppe November**

Im November 2007 informierten sich auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Florian Toncar 50 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis drei Tage lang über das politische Berlin. Auf dem abwechslungsreichen Programm standen u.a. eine Stadtrundfahrt durch Berlin, Besuche der Landesvertretung Baden-Württembergs, des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, der ehemaligen Stasi-Zentrale in Hohenschönhausen sowie ein Gespräch im Gesundheitsministerium.

Einer der Höhepunkte war der Besuch im Deutschen Bundestag. Die Gruppe verfolgte zunächst eine Plenardebatte und lernte im Rahmen der Diskussion im FDP-Fraktions Sitzungssaal zahlreiche FDP-Abgeordnete mit unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten kennen. Die Besichtigung der Reichstagskuppel und der Dachterrasse des Reichstags rundeten den Besuch der Gruppe im Bundestag ab.

### **TERMINE**

- 24.02.2008: Bürgerschaftswahl in Hamburg
- 27.02.2008, 17.30 Uhr: Ehrungen für 25 Jahre FDP-Mitgliedschaft. Zu Gast ist Hartfrid Wolff, MdB. Ort: Wahlkreisbüro
- 03.03.2008, 18.00 bis 19.30 Uhr: Bürgersprechstunde mit Florian Toncar im Wahlkreisbüro
- 07.03.2008, 19 Uhr: Versammlung des Kreisfeuerwehrverbandes Böblingen, Ort: Festhalle Dagersheim
- 08.03.2008, 10 Uhr: 22. Liberaler Jugendtag der FDP/DVP-Fraktion Landtag, Ort: Landtag Stuttgart
- 10.03.2008: Gespräch zwischen dem Gemeinderat Sindelfingen und Florian Toncar (angefragt)
- 14.03.2008, 20 Uhr: Benefizgala des Rotary Club Leonberg-Weil der Stadt, Ort: Stadthalle Leonberg
- 30.03.2008: 1. Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Mötzingen
- 13.04.2008: ggf. 2. Wahlgang der Bürgermeisterwahl in Mötzingen
- 19./20.04.2008: Landeskongress der Jungen Liberalen Baden-Württemberg
- 19.04.2008: Sitzung des FDP-Landeshauptausschusses